

Antrag

11.06.2008

„Mittelhafen: Strukturwandel planerisch gestalten“



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Bremer Str. 54
48155 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion@muenster.de
www.gruene-muenster.de

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen

1. Der Bebauungsplan 401 (Stadthafen I) wird für den Bereich des südlichen Teils (Mittelhafen) aufgehoben und durch einen neuen Bebauungsplan ersetzt.
2. Für diesen Bereich wird ein Nutzungs- und Ansiedlungskonzept erstellt, das auch kulturelle Einrichtungen, Freizeiteinrichtungen und Dienstleistungen ermöglicht. Ziel ist es, den Strukturwandel im Hafen stadtplanerisch zu unterstützen und verträglich zu gestalten. Der Masterplan Stadthafen ist als Grundlage zu berücksichtigen.
3. Das Konzept wird in den Gremien vorgestellt und in öffentlicher Diskussion optimiert.

Begründung:

Der Strukturwandel im Hafen muss stadtplanerisch unterstützt und gestaltet werden. Hierzu braucht die Stadt ein Nutzungs- und Ansiedlungskonzept, das auch den südlichen Teil des Stadthafens I (Am Mittelhafen) umfasst. Nur so kann eine abgestimmte Entwicklung stattfinden. Die bisherige Aneinanderreihung von Dispensen, Einzelfallregelungen, Ausnahmegenehmigungen und Adhoc-Entscheidungen muss schnellstmöglich beendet werden.

Der geltende Bebauungsplan Nr. 401 erweist sich immer weniger als problemadäquat und zukunftsfest. Seine Zielvorstellung ist auf die traditionellen gewerblichen und industriellen Nutzungen des Gebietes begrenzt. Er lässt die Entwicklung von Dienstleistungen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen trotz der Lagegunst im Hafengebiet nicht zu. Aufgabe der Stadt und ihrer Planung ist es aber, den Strukturwandel zu unterstützen und – auch im Sinne des Bestandsschutzes für die ansässigen Betriebe – zu gestalten.

Zudem sind in letzter Zeit irritierende Tatsachen bekannt geworden, die eine planerische Neuorientierung erforderlich machen. Der Umstand, dass am Mittelhafen Betriebswohnungen bereits vor der Ansiedlung des Gefahrgutlager genehmigt worden sind, die ungenierten Diskussionen über die Umnutzung des Speichergebäudes neben dem ehemaligen Kohlebunker und die rein formale Ablehnung des Jovel-Projektes belegen, dass die nach wie vor herrschende Meinung der Stadtverwaltung und der Mehrheitskoalition als vorgeschoben angesehen werden muss. Sie be- und verhindern den Strukturwandel und Neuansiedlungen.

gez. Carsten Peters
gez. Helga Bennink
gez. Wilhelm Breitenbach
gez. Dr. Brigitte Hasenjürgen
gez. Manfred Kehr

gez. Hery Klas
gez. Maria Klein-Schmeink
gez. Karina Kuschewski
gez. Jutta Möllers
gez. Jörn Möltgen

gez. Tim Rohleder
gez. Ilse Schleef
gez. Dr. Rita Stein-Redent
gez. Brigitte von Schoenebeck